

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“



Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Wann: Montag, den 12. Mai 1937. Preis: Die einseitige Millimeterzelle oder deren Raum 5 Pfennig. Text: Die einseitige Millimeterzelle 16 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabnahme nach Vereinbarung. Erfüllungsort: Nagold.

Nummer 111

Allensteig, Dienstag, den 18. Mai 1937

88. Jahrgang

Die deutschen Minderheiten in Ungarn

Erklärung des Ministerpräsidenten Daranyi

Budapest, 15. Mai. Ministerpräsident Daranyi gab im Abgeordnetenhaus eine Erklärung über die Stellungnahme der Regierung zur Lage der in Ungarn lebenden Minderheiten sowie über die Stellung Ungarns zu Deutschland ab. Nachdem er unterstrichen hatte, daß es für seine Regierung in der Frage des Schicksals der im Auslande lebenden ungarischen Brüder kein schlagendes Gewissen gebe, ging Ministerpräsident Daranyi auf die Frage der in Ungarn lebenden Minderheiten ein und erklärte u. a., diese seien in jeder Beziehung den Staatsbürgern ungarischer Nationalität gleichgestellt. Die Regierung habe er fort, wache sorgfältig, daß die rechtliche und tatsächliche Freiheit der den Minderheiten angehörenden ungarischen Staatsbürger in jeder Beziehung, also auch auf wirtschaftlichem wie auf dem Gebiete der Steuerleistung restlos durchgeführt werde. Die ungarische Regierung habe immer dafür gesorgt, daß für die Sicherung der kulturellen Ansprüche der Minderheiten entsprechende Deckung vorhanden sei, damit die Zeitdauer der Fortbildungstare für die in deutschsprachigen Schulen bereits beschäftigten Lehrer um einen Monat erhöht werde. Des heimliche Bekenntnis des einzelnen Staatsbürgers sei maßgebend, zu welcher Minderheit er gehöre. In Ungarn könne es niemand zum Nachteil gereichen, ob er einen deutsch- oder einen tschechisch-namen Namen trage. Die Regierung verurteile auf das entschiedenste jede Aktion, die im Interesse oder zur Behinderung der Namensmagistrationsverfahren und Mittel anwende, die mit den Rechtsgrundrissen der persönlichen Freiheit und der staatsbürgerlichen Gleichberechtigung nicht vereinbar seien.

Ministerpräsident Daranyi wandte sich dann der Frage der deutsch-ungarischen Beziehungen zu. Er erklärte u. a., die Regierung halte die ehrliebe Freundschaft mit dem Deutschen Reich aufrecht. Es sei ihre Überzeugung, daß seitens des Deutschen Reiches Ungarn gegenüber eine ebenbürtige Freundschaft empfunden werde. Eben deshalb wünsche die Regierung, daß die Möglichkeit einer jeden schädlichen Agitation, die auch nur im geringsten Maße geeignet wäre, die guten Beziehungen zwischen den beiden Nationen zu stören, ausgeschlossen werde. Die große deutsche Nation und deren Führer leisteten heute eine gewaltige Arbeit für die Sicherheit und das Gelingen ihres Volkes. In die Arbeit der deutschen Nation und ihres Führers dürfe man sich nicht einmal in der Form einer Kritik einmischen.

Der Deutsche Sprachverein tagte

Auf dem Wege einer bewußten Sprachaufzartung

Stuttgart, 17. Mai. Der Deutsche Sprachverein hielt vom 14. bis 16. Mai in Stuttgart eine Arbeitstagung ab, zu der sich zahlreiche Vertreter aus dem ganzen Reich und vom Ausland eingeladen hatten. Der Vorsitzende des Deutschen Sprachvereins, Dr. Büttmann, hielt die Eröffnungsrede und führte u. a. aus, daß der Deutsche Sprachverein kämpfe seit seiner Gründung durch Hermann Niesel vor 62 Jahren in Zähigkeit und Treue für Reinheit, Schönheit und Würde der Muttersprache. Dieser Kampf richte sich nicht nur, ja nicht einmal in erster Linie gegen den Gebrauch der Fremdwörter, wie oft irrtümlich angenommen werde, der Sprachverein glaube vielmehr, gerade dadurch ein unerlässlicher Bestandteil unseres völkischen und staatlichen Aufbaus zu sein, daß er in unermüdlicher Treue zur Pflege einer artrechten Sprache aufträte. Seine Aufgabe lag und liege nicht auf sprachwissenschaftlichem Gebiet, sondern er schärke mit allen Mitteln das Sprachbewußtsein der Volksgenossen. Er öffne die Herzen und Ohren für das nordische Art gemäße Sprachtum durch das lebendige Wort.

Die Leitgedanken der Tagung saßen drei Vorträge zusammen: Universitätsprofessor Weisgerber-Kostod sprach von der Muttersprache als Schicksal des deutschen Volkes. Wilhelm Martin Esser-Düsseldorf forderte eine Sprachpflege, die nicht auf formelhafter oder veralteter Grammatik ruhe, sondern von den Ergebnissen der Sprachforschung ausgehe und zum Ziel einer wahrhaft völkischen Redekunst emporsuchen müsse. Universitätsprofessor Ewald Geißler-Erlangen führte zu den Ursachen der deutschen Sprache überhaupt. Er leitete diese einzuweisen der deutschen Europas aus ihren rassistischen Gründen her und wies auf die Wertigkeit im Vergleich mit den Sprachen der Nachbarn hin. In ihrem Eigenwert und ihrer Unerklichkeit, ihr nach mancher der Behauptung durch lateinische, französische und jüdische Art zur nationalen Aufgabe gewordenen Ringen. Der Sprachverein treibe nicht nur Sprachpflege, sondern artgerechtere Sprachsucht, um auf dem Wege einer bewußten Wortaufzartung einen neuen Adel der Sprache zu schaffen.

Am Ausklang der Tagung, die vom Württ. Landesverband unter der Leitung von Oberstudiendirektor Pfertag musterhaft vorbereitet worden war, bildete ein Ausflug nach Marbach, wo der langjährige Leiter des Deutschen Schiller-Museums, Geheimrat Dr. von Güntter den Mitgliedern des Deutschen Sprachvereins die Schätze des Museums zeigte und Hofrat Willentz-Wien Schillers ergreifendes Gedicht „Deutsche Größe“ vortrug.

„Autarkie dient dem Frieden“

Große Rede Mussolinis

Rom, 17. Mai. Der Duce sprach auf der dritten Jahresversammlung der Korporationen auf dem Capitol. Die Rede gab ein Bild über den derzeitigen Stand der Autarkiebestrebungen, die — wie Mussolini feststellte — unerröndlich das Ziel der italienischen Wirtschaft sein müßten. Seit der letzten Jahresversammlung sei alles geschehen, um die Bodenschätze Italiens in wachsendem Ausmaße der italienischen Wirtschaft zuzuführen, nichts werde unterlassen werden, um diese Entwicklung tatkräftig zu fördern und immer ertragreicher zu gestalten. Bei der Kohle könne man sich allerdings nicht ganz von der Einfuhr frei machen. Aber es werde immer „eine oder mehrere Mächte geben, die bereit seien, Italien Kohle zu liefern“. Die Erzeugnisse werde ständig erhöht. Es sei aber vor allem notwendig, daß die Industrie mehr noch als bisher verfolge, sich von den Schrottsorten frei zu machen. Schrott werde bei den Weltmächten bezogen, die in der Lage seien, je nach der augenblicklichen politischen Lage diese Importe, die man teuer bezahlen müsse, ganz oder teilweise zu unterbinden. Schwefel sei für Italiens Bedarf genügend vorhanden. Nickel und Kupfer werden bereits zu einem ansehnlichen Prozentsatz gewonnen. Beim Zinn werde man bald unabhängig sein. Sauerzinn habe Italien in Hülle und Fülle und könne sogar davon ausführen. Blei, Zink, Magnesium seien ebenfalls praktisch in unerzüglicher Menge vorhanden. Italiens chemische Industrie setze in Fortschritten und Leistungen der feines anderen Landes nach.

Die Versorgung mit flüssigen Brennstoffen sei gelöst. Innerhalb der zweiten Hälfte von 1938 werde Italien, das albanische Petroleum eingerechnet, seinen gesamten Bedarf an Benzin und Schmierölen decken können. Die Mitteilung Mussolinis wurde von der Versammlung mit stürmischen Beifall aufgenommen.

Die Zelluloseeinfuhr müsse auch vollkommen verschwinden, was durch die bereits bestehenden und noch zu gründenden Fabriken erreicht werden könne. Beim Gummi werde Italien dank der jüngsten Erzeugnisse aus dem Gebiete der synthetischen Stoffe ebenfalls der Autarkie zustreben. Die großartigen Leistungen seien jedoch aus dem Gebiete der Textilfabrik gemacht worden, wo die italienische Intelligenz geflegt habe. In Forlì habe man bereits die Ergebnisse dieser Erzeugnisse bewundern können und werde Gelehrtheit haben, bei der nächsten Ausstellung in Rom sich weiter davon zu überzeugen.

Mussolini stellte fest, daß die Völker von jeder zur Autarkie gedrängt hätten, noch drängen und drängen würden, und widersprach unter Bezugnahme auf geschichtliche Erfahrungen der

Ansicht, daß die wirtschaftliche Autarkie den internationalen Handelsverkehr fördere.

Auf landwirtschaftlichem Gebiet sei ebenfalls sehr viel geleistet worden. Doch bleibe vor allem in bezug auf die Fleisch- und Fettversorgung viel zu tun übrig. Grundsätzlich bestonte Mussolini ferner, daß das wichtigste Italien keine Monopolisierung der Industrie beabsichtigt, daß vielmehr die staatliche Initiative nur da eingreifen werde, wo es sich um ein ausgesprochen öffentliches Interesse handele, oder wo die private Initiative verlag. Die Privatwirtschaft habe allerdings ihre Grenzen; doch denke der Faschismus nicht an eine Verbürokratisierung des Wirtschaftslebens, die, wie im Bolschewismus, nur ungesunde Auswüchse und Schwermüßigkeit herbeiführe.

In diesem Zusammenhang rühmte Mussolini die Leistung der Korporationen. Der Klassenkampf sei im Rahmen des von ihnen geleiteten Aufbaues verschwunden im Gegensatz zu den „demokratischen“ Ländern, wo man aus blindem Instinkt den Faschismus bekämpfe, ohne sich auch nur die Mühe zu geben, ihn zu studieren und zu verstehen.

Dann behandelte Mussolini die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Imperiums, die er unter Berufung auf das ihm vorliegende Material als ganz außerordentlich bezeichnete. Das italienische Imperium in Ostafrika werde einen entscheidenden Beitrag im Kampf Italiens um seine wirtschaftliche Autarkie liefern. Allerdings müsse für die Erschließung seiner Reichtümer erst der notwendige Apparat durch den Bau von Hafenanlagen, Straßenwegen usw. geschaffen werden. Die zu überwindenden Schwierigkeiten seien zwar ungeheuer, könnten aber trotzdem mit der den Italienern charakteristischen zähen Hartnäckigkeit überwunden werden, indem man, wenn nötig, auch 25 Stunden am Tage arbeite.

Mehr oder weniger verantwortliche Vertreter der sogenannten großen Demokratien, so schloß Mussolini seine häufig von stürmischen Beifall unterbrochenen Ausführungen, stellen immer wieder die Forderung auf, daß die autoritären Staaten auf ihre Autarkieabsichten verzichten. Ueber die Gegenleistung für einen solchen Verzicht sei allerdings nichts zu erfahren. In Wirklichkeit aber würde ein solcher Verzicht, der in der heutigen bis zu den Zähnen gefärbten Welt unmöglich sei, nur bedeuten, daß morgen im Falle eines Krieges sich diese Staaten auf Gnade und Ungnade in den Händen jener befänden, die über allen Kriegsbedarf in unbegrenztem Maße verfügten.

Die wirtschaftliche Autarkie ist deshalb eine Garantie des Friedens, den wir mit fester Entschlossenheit wollen.

Revolte in Albanien

Son den ...-truppen niedergeschlagen — Völkerverhetzung als Drahtzieher

Tirana, 17. Mai. Die albanische Stadt Argirocastro wurde in der Nacht zum Freitagabend durch einen Aufstandsversuch überfallen, als dessen Urheber bolschewistische Elemente festgestellt worden sind. Der Revolte, an dessen Spitze der frühere Minister Ethem Tofta stand, wurde von den Regierungstruppen ein schnelles Ende bereitet. Die Regierung hat energische Maßnahmen zur Sicherung der Ruhe und Ordnung getroffen.

In der Nacht zum Sonntag besetzte eine Gruppe von Rebellen, die sich aus Jullisten zusammensetzte und von dem früheren albanischen Minister Tofta, einem Gendarmerieoffizier und einem früheren Hauptmann angeführt wurden, die Stadt Argirocastro und durchschnitten die Telefonleitungen zu den benachbarten Ortschaften Tepelen, Kurveleshi und Elboreva. Ein Offizier der Gendarmerie wurde von den Revolutionären getötet. Von der Regierung wurden sofort alle notwendigen Maßnahmen zur Niederschlagung der Revolte unternommen. Regierungstruppen umschlossen die Aufstandsjone, um die Ordnung in allen von den Rebellen besetzten Bezirken wieder herzustellen. Bei ihrem Vordringen auf Argirocastro stießen die Regierungstruppen auf heftigen Widerstand. Am Bergpaz Proci bezogen die aus Balona kommenden Truppen den Rebellen, die nach kurzem Widerstand in völliger Auflösung die Flucht ergriffen und von den Regierungstruppen verfolgt wurden. Inmet Tofta, der Bruder des Rebellenführers, und zwei Aufständische wurden getötet. Bei den Geföteten und zahlreichen Gefangenen wurde Material gefunden, das ganz klar erkennen läßt, daß auch diese Revolte auf albanischem Boden von Sowjetagenten angezettelt worden ist.

In den letzten Meldungen aus Tirana wird festgestellt, daß der Aufstand in Argirocastro völlig niedergeschlagen worden ist. Die fliehenden Rebellen werden von den Regierungstruppen verfolgt. Dem König gehen aus allen Teilen des Landes Ergänzungstelegramme zu, in denen das verbrecherische Unternehmen verurteilt und als ein Verfall der Kommunisten gebrandmarkt wird.

Die albanischen Rebellen in voller Flucht zur Grenze

Tirana, 18. Mai. Die Ortschaft Delvina, die für eine ganz kurze Zeit ein Herd der bolschewistischen Revolte war, wurde am Montag von Regierungstruppen ohne Widerstand besetzt. Der Aufbruch ist völlig niedergeschlagen. Die Rebellen, die sich in kleine Gruppen geteilt haben und in voller Flucht befinden, haben sich in der Gegend von Kurveleshi zerstreut, um sich einen Weg zur Grenze zu bahnen. Sie werden von den Regierungstruppen unaufhörlich verfolgt.

Hauptversammlung des BDA.

Berlin, 15. Mai. Der Volksbund für das Deutschtum im Auslande hielt am Freitag seine diesjährige Tagung ab. Zu Beginn wurden Telegramme an den Führer sowie an den Stellvertreter des Führers abgelesen. Die Antwort des Führers wurde mit großer Begeisterung aufgenommen.

Nach diesem Auktakt ergriff Bundesleiter Dr. Steinacher das Wort, um den Jahresbericht zu erstatten. Er gab einen zahlenmäßigen Ueberblick über die Entwicklung des BDA in den letzten Jahren. Das organisatorische und finanzielle Bild, das Dr. Steinacher mit dem Dank an verschiedene Landesverbände des BDA für besonders gute Leistungen — hier ist vor allem der Landesverband Grenzmark zu nennen — abschloß, wurde noch von Direktor Schulze durch einen besonderen Bericht ergänzt und erweitert.

Ein Bericht des Rechnungsprüfers leitete zu weiteren Ausführungen des Bundesleiters über den Arbeitskreis des BDA über. Nach kurzen Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Schulvereins Südmark, Ministerialrat Mayer-Wien, gaben die verschiedensten Berichte aus der Volkstumsarbeit von draußen der Hauptversammlung ein Bild von der Breite und Mannigfaltigkeit, von der Rot und von der Treue des deutschen Volkstums jenseits der Grenzen. Das Ergebnis der Treue zum deutschen Volk und seinem Führer beschloß die Hauptversammlung.



Deutsche Frontkämpfer

beim größten französischen Kriegsteilnehmerverband
Paris, 17. Mai. Ein internationales Frontkämpfertreffen fand anlässlich der Jahresagung der Union Fédérale, des größten französischen Kriegsteilnehmerverbandes, in Vitz-les-Bains statt. Unter den Abordnungen aus 17 verschiedenen Staaten fand auch die deutsche Abordnung eine sehr freundliche Aufnahme. Die Holentkrenzbanner unserer Vertreter wehten inmitten der ausländischen Fahnen und der Tricolore bei dem Aufmarsch, an dem sich etwa 30 000 Mann beteiligten.
Nach einer Messe fand in dem festlich geschmückten Air-Des-Bains ein Aufmarsch und Umzug der Frontkämpfer statt, der von den zahlreichen Zuschauern mit lebhaftem Beifall geleitet wurde. Bei der Eröffnung der Vollziehung erklärte der Präsident Vichet, es bedürfe der moralischen Einigkeit aller Frontkämpfer aller Länder, um den Krieg zu beenden. Abends fand eine eindrucksvolle Bekehrstunde im Stadion statt, wo ein Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges errichtet worden war. Unter Führung von Oberst Reinhard hat eine Abordnung deutscher Frontkämpfer Annapes besucht. Der Bürgermeister der Stadt, Senator Blanc, betonte, daß die Freundschaftsbefehle deutscher Frontkämpfer bei den Franzosen zur Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Völkern beitragen werden, da alle ehemaligen Frontkämpfer den Frieden wollen.

Dänemark feiert König Christian

Kopenhagen, 17. Mai. Ganz Kopenhagen war am Samstag aus Anlaß des 23jährigen Regierungsjubiläums König Christians X. festlich geschmückt. Das Rot-Weiß des Danedrog, von dem sich das Grün der Girlanden wirkungsvoll abhebt, bildete den Grundton. Überall sind in den Straßen Masten errichtet worden, von denen die Fahnen wehen. Alle Gebäude tragen reichen Flaggenkranz: neben den dänischen sieht man auch die schwedischen, norwegischen und isländischen Farben. Der Festtag begann früh um 8 Uhr mit dem Aufziehen der Wachtparade in roter Galaniform und mit klingendem Spiel vor dem Residenzschloß Amalienborg. Gleichzeitig feuerten die Schiffe der dänischen Flotte und die Hafendartillerie den Ehrensalut. Ein aus den Gesangsvereine Kopenhagens gebildeter Chor brachte dem König einen Sängergruß dar. Nach der Gratulationscur der Hofbeamten fuhr das Königspaar, von Hütarenabteilungen geleitet, durch die Stadt zum Festgottesdienst im Dom. In den Straßen, die vom Schloß zum Dom führen, standen überall dichtgedrängte Menschenmassen, die dem König jubelnde Jubelungen darbrachten, die sich auf der Rückfahrt zum Schloß wiederholten.

Nach der Mittagstafel begab sich der König zum Reichssaal im Schloß Christiansborg. Zu diesem Festakt war auch das Diplomatische Korps geladen. Der Präsident des Festkommissee hielt die Festrede auf den König, worauf die Gardebelle die Nationalhymne „Kong Christian“ spielte. Der König dankte mit einer kurzen Ansprache, die er mit einem Hoch auf Dänemark schloß.

Nege Diplomatise Tätigkeit in London

London, 15. Mai. Die englischen Blätter weisen auf die Besprechungen hin, die die anlässlich der Krönungsfeier in London amfenden ausländischen Vertreter untereinander oder mit englischen Ministern gehabt haben. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ unterstreicht besonders, daß Reichsminister Generalfeldmarschall von Blomberg mehrfach Gelegenheit zu Unterredungen mit den führenden britischen Staatsmännern hatte, u. a. mit Schatzkanzler Chamberlain. Zu Ehren des Generalfeldmarschalls von Blomberg veranstaltete die Anglo-German-Fellowship einen Empfang. Am Abend nahm der Generalfeldmarschall mit den Leitern der anderen auswärtigen Abordnungen an einer Einladung teil, die Außenminister Eden für den König und die Königin im englischen Kuchentag gab, ferner am Krönungsbalk im Buckingham-Palast, der die Vertreter sämtlicher 60 Völker vereinigte.
Außenminister Eden empfing weitere ausländische Staatsmänner, darunter den türkischen Ministerpräsidenten. Der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza setzte seine Unterhaltungen mit Mitgliedern der britischen und französischen Regierung fort und hatte u. a. eine Unterredung mit dem englischen Schatzkanzler Neville Chamberlain. Wie der diplomatische Korrespondent der „Morningpost“ meint, haben die diplomatischen Besprechungen in London den Umfang einer nichtformellen internationalen Konferenz angenommen. Besonders würdig seien die Vertreter der mitteleuropäischen Staaten, wie der österreichische Staatssekretär des Äußeren, Dr. Schmidt, und der tschechoslowakische Ministerpräsident Hodza, gewesen.

Soll die Hehe fortgesetzt werden?

Berlin, 17. Mai. Der „Völkische Beobachter“, der „Berliner Lokalanzeiger“ und das „Berliner Tageblatt“ nehmen gegen eine von Reuter weiterverbreitete Nachricht der Fehus-Agentur aus Valencia Stellung, nach der ein gemischter Untersuchungs-ausschuß zur Feststellung der Explosionsursache auf der „Hunter“ die Befragung einiger Fischerbote vernommen haben wll, die in der Nähe des Unfallsortes gewesen wären. Einige Mitglieder der Mannschaft hätten erklärt, sie hätten nach der Explosion auf der „Hunter“ das Periscope eines U-Bootes gesehen. Die gleiche Meldung der Fehus wurde auch von Havas aufgegriffen und verbreitet.
Dazu schreibt der „Berliner Lokalanzeiger“: Man weiß auch bei Reuter und Havas, daß die „Meldungen“ der entsprechend einwirkenden Fehus-Agentur über die angebliche Torpedierung der „Hunter“ durch ein deutsches Torpedoboot oder später U-Boot vor aller Welt schon nach wenigen Stunden durch die amtliche britische Aufklärung als „faulstidige Lügen“ als einwandfrei entlarvt antideutsche Hehe festgenagelt worden sind. Wenn Reuter und Havas sich trotzdem wieder zur Verbreitung dieser neuen Aufwärmung der Lügennarr über das U-Boot hergeben, so ist dort ein ausgeprägtes Interesse daran zu vermuten, daß diese letzte Campagne gegen das Reich nicht so rasch in Vergessenheit gerät. Fehus hat gelogen, Fehus lügt weiter. Es beden dahinter die bolschewistische Quertreiber, die unbedingt einen neuen Zwischenfall schaffen möchten, wohl weil ihre Lage

in Valencia und Madrid wieder recht schlecht geworden ist. Ueberläßt man diese Brandstifter sich selbst, so würden sie bald ganz zusammenbrechen. Aber die neue Hege beweist es, sie finden dadurch immer wieder neue Unterstüzung, daß ihre Lügengerichtes geflissentlich weitergeleitet werden und so Verwirrung stiften können. In Deutschland jedenfalls kann man nur ein sehr hartes Urteil über solche Betriebsamkeit fällen.

Rücktritt der bolschewistischen Nachthaber in Valencia

Paris, 17. Mai. Der Ausschuß der bolschewistischen Nachthaber in Valencia, der sich „Regierung“ nennt, ist zurückgetreten. Azana hat sofort Besprechungen über eine Neubildung des Ausschusses aufgenommen.
Die Pariser Meldung bestätigt zunächst nur, was man seit langer Zeit bereits wußte, daß die Verhältnisse im bolschewistischen Lager von Valencia sich mehr und mehr zugespitzt haben. Die Bandenkämpfe, die kürzlich in Katalonien ausgefochten wurden, waren nur ein trasses Spiegelbild der Zustände, die sich in dem ganzen Bereich der roten aller Schattierungen während des Frühjahrs herausgebildet haben. Nachdem nun die sogenannte „Regierung“ von Valencia ihr Amt niedergelegt hat, offenbar weil sie der Anarchie im eigenen Lager nicht mehr Herr werden kann, bleibt nur die Frage, ob ihre Nachfolgerin sich öflich aus den anarchischen Gruppen rekrutieren wird. Daß die Entwicklung der gesamten Nachterhältnisse auf völlige Anarchie hinführt, dürfte nicht mehr zweifelhaft sein, auch wenn ein ebemaliger sogenannter Bürgerlicher, wie Azana, die Besprechungen über die Lösung der Krise aufgenommen hat.

Nach Spanien geschmuggelt

Paris, 17. Mai. Vor etwa einer Woche sind in Teulouse 16 Flugzeuge der spanischen Bolschewisten notgelandet. Alle Maschinen durften einen Tag später in voller Ausrüstung, so wie sie gelandet waren, wieder nach Sowjetspanien zurückfliegen. Schon damals hatte man sich in zahlreichen Pariser Kreisen erkauert über die „Großzügigkeit“ in der Anwendung des Neutralitätsprinzips gezeigt. Die „Action Francaise“ glaubt nun, eine Aufklärung über diese geheimnisvollen Flugzeuge geben zu können. Das Blatt berichtet, daß die 16 Maschinen gar nicht aus Sowjetspanien gekommen seien, sondern aus Nordspanien. Die Zwischenlandung sei nur erfolgt, um die Geschichte von der Vertierung der Flugzeuge über den Pyrenäen zu erkunden und die Ueberführung der Flugzeuge von Frankreich nach dem bolschewistischen Spanien bewerkstelligen zu können. In Wirklichkeit seien, wie das Blatt behauptet, die Flugzeuge in Frankreich angekauft worden und sollten über die Grenze geschafft werden. — Das Blatt bemerkt zum Schluß, eine solche Komödie habe nur gespielt werden können, weil sie durch den französischen Luftfahrtminister Cot in allen Einzelheiten „geteigelt“ worden sei.

Wieder 17 spanische Flugzeuge in Frankreich „notgelandet“

Paris, 17. Mai. 17 spanische Flugzeuge (12 Jagd- und 5 Aufklärungsflugzeuge), die am Montagmorgen von Santander zu einem Beobachtungsflug aufgestiegen waren, haben angeblich infolge Nebels sich verlogen und mußten auf dem Flugplatz Pau landen. Die Jagdflugzeuge sind amerikanischer Herkunft. Die Aufklärungsflugzeuge stammen aus Spanien. 15 Flugzeuge waren mit je zwei Maschinengewehren besüßt. Oberst Ogilvenam von der internationalen Kontrolle ist über die Landung der spanischen Flugzeuge sofort in Kenntnis gesetzt worden. Auf Anweisung des Luftfahrtministeriums sind die Flugzeugführer aufgefordert worden, nach Spanien zurückzuziehen. Sie werden von einem französischen Militärflugzeug, sobald die Witterungsverhältnisse es zulassen, an die Grenze zurückbegleitet werden. Soweit eine französische Meldung.
Es handelt sich hierbei um eine eigentümliche Wiederholung eines gleichen Falles innerhalb von wenigen Tagen.

„Wir kämpfen bis zum endgültigen Sieg“

Franco lehnt Waffenstillstand und Auslandsvermittlung ab
Salamanca, 15. Mai. Im Rundfunk von Salamanca wurde eine amtliche Erklärung der spanischen Nationalregierung verlesen, in der sich diese gegen die bolschewistischen Versuche wendet, mit Hilfe einer Intervention des Auslandes einen Waffenstillstand zu erreichen. Das nationale Spanien, so heißt es in der Erklärung, zweifle nicht einen Augenblick an dem fegefeichen Ausgang eines Kampfes, dessen Ziele Befreiung vom Fremdverrat, loyale Gerechtigkeit und vollständige Unabhängigkeit Spaniens, ohne irgend welche Vermittlung, seien. „Es wäre also würdelos, wenn wir mit Männern, die mit den Logen in Verbindung stehen und Spaniens Vernichtung wünschen, paktieren würden. Wir kämpfen bis zum endgültigen Sieg. Wer uns vom Waffenstillstand spricht, wird als Verräter angesehen, und dem Ausland sagen wir: „Wenn ein Volk bereit ist zu sterben oder zu siegen, gibt es keine Kompromisse. Wir werden niemals paktieren, denn wir wollen den endgültigen Sieg des neuen Spaniens. Mögen also die Marxisten mit ihren Machenschaften fortfahren und in Genf Schutz suchen — wir werden unsere Meinung nicht ändern.“

300 Franzosen und Belgier in Valencia im Gefängnis

Paris, 17. Mai. Der „Jour“ veröffentlicht Erklärungen zweier belgischer Offiziere, die aus Spanien zurückgekehrt sind und mehrere Monate als Freiwillige bei den Bolschewisten gedient haben. In Valencia, sagten die Belgier, würden 300 Franzosen und Belgier gefangen gehalten, die ohne besondere Gründe verhaftet worden seien. Einige von ihnen befänden sich bereits seit mehreren Monaten im Gefängnis.
Im Namen der Zivilisation beschwören die belgischen Offiziere die französische öffentliche Meinung, so schnell wie möglich Schritte zur Befreiung der Franzosen und Belgier zu verlangen, denn wenn man nicht schnell handle, könne es zu spät sein. Zwei französische Offiziere, ein Oberst Vincent und ein Leutnant, die im Dienste des bolschewistischen Spaniens gefangen hätten, seien längst verschwunden.

Motorboot explodiert — 50 Tote?

London, 17. Mai. Wie gemeldet wird, ereignete sich am Montag auf einem vollbesetzten Motorboot eine Explosion, durch die das ganze Schiff zerstört wurde. 40 bis 50 Menschen sollen den Tod gefunden haben. Die Explosion war so heftig, daß die Körper der Verunglückten über die Häuser hinweg bis in die Straßen der Stadt geschleudert wurden. Jahn Tote wurden bisher geborgen, sieben Schwerverletzte sind in die Krankenhäuser eingeliefert, während noch 40 Personen vermisst werden.

33 Tote in Hongkong — 10 Personen vermisst

London, 17. Mai. Nach einer Meldung aus Hongkong beläuft sich die Zahl der Menschenverluste beim Motorbootunglück auf 33 Tote und 8 Schwerverletzte. 10 Personen wurden noch vermisst.

Jüdischer Mordversuch auf einem polnischen Markt

Warschau, 15. Mai. In Bresk am Bug wurde am Samstag der von jüdischer Mordhand niedergestreckte Polizeibeamte befreit. Der Polizeibeamte wurde in dem Augenblick, in dem er sich zur Untersuchung über einige Fleischwaren gebeugt hatte, von dem feigen jüdischen Verbrecher hinterrücks niedergestochen. Am Freitag hat sich in dem Marktflecken Grabow in Mittelpolen ein ganz ähnlicher Fall wie in Bresk ereignet. Im Verlauf einer Auseinandersetzung zwischen zwei jüdischen und einem polnischen Händler stach einer der Juden seinen Gegner nieder. Der Pole mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden. Die Kunde von dieser feigen Bluttat löste naturgemäß überall heftige Erregung aus. In über 200 Geschäften und Wohnungen wurden die Scheiden gezerrümmert.

Botschafterwechsel in Washington

Freiherr von Neurath dankt Dr. Luther
Washington, 15. Mai. Der neue deutsche Botschafter Dohhoff traf am Freitag in Washington ein. Er hatte alsbald eine längere Besprechung mit dem scheidenden Botschafter Dr. Luther, der darnach eine Autofahrt antrat. Diese führt ihn zunächst durch die Oststaaten, sowie in westlicher Richtung bis San Francisco. Von dort unternimmt er eine mehronatige Reise durch sämtliche Länder des Stillen Ozeans, um ihre politischen und wirtschaftlichen Probleme zu studieren. Da er infolgedessen nicht vor dem Winter nach Berlin zurückkehren wird, hat ihm Reichsaussenminister Freiherr von Neurath in einem Telegramm für seine dem Reich geleisteten ausgezeichneten Dienste in Washington wärmste Anerkennung ausgesprochen.

Vor der Flottenparade bei Spithead

London, 17. Mai. Der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg stattete am Samstag der Landesgruppe der RSDAP in Großbritannien und Irland in ihrem Londoner Heim einen Besuch ab, zu dem sich viele Londoner Parteigenossen eingefunden hatten. Damit hat der Besuch des Generalfeldmarschalls in London seinen Abschluß gefunden. Er wird am kommenden Mittwoch an der großen Krönungsrevue der englischen Flotte in Spithead teilnehmen. Von dort aus wird er mit der „Griffon“ nach Deutschland zurückkehren.
Nach dem Abschluß der offiziellen Feiertage verabschiedete sich der Reichskriegsminister Generalfeldmarschall von Blomberg vom englischen Königspaar.

Lord Snowden †

London, 17. Mai. Der bekannte englische Politiker Lord Whippin Snowden ist im Alter von 73 Jahren in Tifford (Surrey, Mittel-England) gestorben. In der Labour-Party galt er neben MacDonald als der bedeutendste Kopf. Er übernahm in der Regierung MacDonalds von 1924 bis 1931 das Schatzkanzleramt. Es gelang ihm zwar, den Staatshaushalt auszugleichen, er mußte aber 1930 den Goldstandard aufgeben. Auch im Pazifismus galt er als eine der führenden Persönlichkeiten.

Moskauer Sender hören kann strafbar sein

Zuchthausstrafen für frühere Kommunisten
Hamburg, 15. Mai. Vor dem Straßensat des hanseatischen Oberlandesgerichts hatten sich mehrere Personen, die sämtlich der früheren KPD, oder ihren Kampforganisationen als Funktionäre oder einfache Mitglieder angehört, wegen des Verbrechens der Vorbereitung zum Hochverrat zu verantworten. Die Angeklagten hatten in Gruppen von drei bis fünf Personen in einer sogenannten Abhörergemeinschaft mit ihrem Rundfunkgerät Sendungen des Moskauer Senders abgehört. Schon während des Empfangs und im Anschluß daran ist zwischen den Beteiligten lebhaft über die Sendung diskutiert worden, wobei vornehmlich die lägenhaften Meldungen des Moskauer Senders als wahr hingenommen und dagegen die Meldungen deutscher Sender als unrichtig bezeichnet wurden.
Wie früher schon in einem Fall in Bremerhaven, so hat auch jetzt der Straßensat Zuchthausstrafen von zwei bis sechs Jahren gegen die Angeklagten ausgesprochen.
Wenn auch das Abhören des Moskauer Senders gesetzlich nicht verboten ist, so bedeutet es doch immer eine sehr gefährliche Sache. Denn es kann darin leicht eine strafbare Handlung, nämlich die Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, gesehen werden. Wer das Gehörte propagandistisch für die Zwecke des Kommunismus auswerten will oder wer sich selbst in feiner kommunistischen Gesinnung festigen will, am, wie er vielleicht trügerisch hofft, das Gehörte später einmal verwerten zu können, der begeht eine hochverräterische Handlung. Aber auch schon ein Einzelter, der aus den genannten Gründen als fanatischer Kommunist den Moskauer Sender abhört, kann sich der Vorbereitung des Hochverrats schuldig machen. Vor allem kommt es immer wieder auf das Vorleben, insbesondere auf die frühere politische Einstellung, bei der Beurteilung an, ob das Abhören des Moskauer Senders zu einer strafbaren Handlung geworden ist. Versammelt aber jemand, der selbst kommunistisch eingestellt ist, einen Zuhörerkreis um sich, so wird ihm niemand glauben, daß es sich um ein harmloses Abhören handle. Es muß dann vielmehr davon ausgegangen werden, daß er für den Kommunismus propagandistische Zwecke verfolgt.

Heute neuer Roman!

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 18. Mai 1937.

Herliche Pfingsttage, wie man sie bei der vorausgegangenen zweifelhaften Witterung nicht zu erhoffen gewagt hätte, liegen hinter uns. Eine wunderbare Maienwelt erfreute die Menschen, die hinauskonnten, um das Schöne zu genießen. Überall Blüten und Blütenduft, überall frohe Menschen, die sich der schönen Pfingsttage freuten. So war der Verkehr ein ganz riesiger, besonders auch der Durchgangsverkehr in Altensteig am Pfingstfestmorgen. Zwischen 10—11 Uhr vormittags rollte Wagen auf Wagen durch die Stadt hinauf zu den Höhen des Schwarzwaldes. Auch Altensteig und seine Umgebung erfreute sich eines zahlreichen Besuches. Ungeheuer groß war der Verkehr gestern abend, als die Schwarzwaldfahrer wieder zurückkehrten. Man zählte hier 280 Fahrzeuge, die in einer Stunde Altensteig durchzogen. Einen geschätzten Besuch durfte die Turngemeinde Altensteig begrüßen in den Handballspielen der Turngemeinde Schierstein. Die Gäste aus dem Rheinland durften sich einer herzlichen Aufnahme erfreuen. Die ausgetragenen Freundschaftsspiele wurden mit großem Interesse seitens der Zuschauer verfolgt, fielen aber zu Ungunsten Altensteigs aus. Das kameradschaftliche Besammentreffen der beiden Vereine am Pfingstfestabend in der „Traube“ war von froher Kameradschaft getragen.

Eine besondere Freude bereitete die Stadtkapelle mit ihrem Klavierkonzert am Pfingstsonntag den zahlreichen Zuhörern, die sich auf dem Marktplatz eingefunden hatten.

Vor dem Pfingstfest fand ein inhaltsreiches Leben seinen Abschluß durch den Tod von Sofie Kaltenbach, Gattin des Silberwarenfabrikanten Karl Kaltenbach sen., die am geistreichen Pfingstmontag auf dem Waldfriedhof zur letzten Ruhe gebettet wurde. Zahlreiche Trauernde folgten dem Sarge der Frau, die sich in ihrem großen Familien- und Wirkungsbereich in allen Lebenslagen so tapfer zeigte und die im Stillen viel Gutes wirkte.

Mit dem Pfingstfest haben die vielen Festtage im Mai ihren Abschluß gefunden. Neugestärkt kehrt die vielen Auswärtigen und diejenigen, welche zu Hause blieben, in ihren Wirkungsbereich zurück.

Zurück zum Handwerkertag noch weiter verbilligt. Wie uns das Deutsche Handwerk mitteilt, konnte der Teilnehmerpreis für die „RdH“-Sonderzüge zum „Tag des deutschen Handwerks“ in Frankfurt a. M. vom 28.—30. 5. auf RM. 12.60 einschließlich zwei Ueberrachtungen mit Frühstück, häuslicher Eintrittskarten, Besichtigungen, Programme usw. ermäßigt werden. Ohne Quartier kostet die Fahrt mit sämtlichen Eintrittskarten usw. RM. 7.60. Umgehende Anmeldungen bei den Dienststellen der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ und des Deutschen Handwerks wird empfohlen.

Die Meisterprüfung haben folgende Damenschneiderinnen von Altensteig mit Erfolg abgelegt: Maria Grohmann, Anna Walz, Luise Kalmbach, Helene Schaal.

Freudenstadt, 17. Mai. (Zwei Todesopfer eines sonderbaren Motorradunfalls.) Am Samstagabend kam bei einem schweren Unfall, der sich zwischen Freudenstadt und Baiersbrunn an der Kreuzung der Murgaltstraße mit der Murgaltalbahn bei Friedrichstal ereignete, zwei Menschen ums Leben. Der 35 Jahre alte verheiratete Schmied Friedrich Kübler von Baiersbrunn fuhr etwa um 8 Uhr abends mit seinem Motorrad talwärts in Richtung nach Baiersbrunn; auf dem Soziusjoch hatte er den 58 Jahre alten verheirateten Maurer Friedrich Kibler. Beim Ueberqueren des Bahnlübergangs, an dem die Straße eine S-Kurve bildet, geriet der Motorradfahrer aus unerklärlichen Gründen (Nachtbahn und Gehweg waren völlig frei) auf den linksseitigen Gehweg und fuhr auf das Ende einer Eisenstange auf, die zwei dort stehende Straßensteine verbindet. Die Eisenstange drang ihm etwa 10 Zentimeter in die Brust. Er wurde in das Kreiskrankenhaus nach Freudenstadt übergeführt und starb dort am Sonntagmorgen. Sein Mitfahrer dagegen starb schon zehn Minuten nach dem Unfall an der Unfallstelle selbst. Er war vom Kopf herabgestürzt und hatte schwere innere Verletzungen erlitten, denen er nach 10 Minuten erlag.

Freudenstadt, 17. Mai. Die Landw. Genossenschaft Freudenstadt hielt letzten Samstagmorgen unter Anwesenheit von Direktor Kimmich von der Württ. Warenzentrale Stuttgart im Gasthof zur „Kofe“ ihre jährliche ordentliche Generalversammlung ab, die von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Ortsbauernführer H. Haas, geleitet wurde, der zuerst die erschienenen Mitglieder begrüßte und sodann dem Geschäftsführer Hahn das Wort erteilte zum Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und die Rechnungsablage. Nach demselben hat sich zwar der Umsatz etwas gesteigert (von 211.000 M. auf 299.000 M.), doch war in der Hauptsache die Genossenschaft auf den Kaufbeschränkt. Gegen die Rechnungsstellung wurde teilweise Einwendung erhoben und Vorstand und Aufsichtsrat Entlastung erteilt. Von dem Reingewinn von 618,90 M. soll den Mitgliedern eine Dividende von 4 Prozent gutgeschrieben und im übrigen dem Reservefonds und der Betriebskassa zugewiesen werden. Auch die Ergänzungswahlen brachten keinerlei Änderung in Vorstand und Aufsichtsrat. Eine längere Aussprache entspann sich über den künftigen Betrieb der Genossenschaft, der bisher wesentlich dadurch gefördert wurde, weil die Stadtgemeinde ihr seit ihrer Gründung einen Schuppen als Lagerort überlassen hatte, der sich aber im Laufe der Zeit auch als unzureichend erwiesen hat, so daß — wie Ortsbauernführer Haas ausführte — die Genossenschaft daran müsse, sich eigene Lagerstätten zu beschaffen, wenn sie ihren Betrieb aufrecht erhalten wolle. Direktor Kimmich schilderte in eingehender Weise die Aufgaben der Landwirtschaft im Reichswehrstand und empfahl in dringender Weise den Anschluß der Genossenschaft an die Württ. Warenzentrale. Auf den Antrag des Vorsitzenden wurde sodann beschlossen, Vorstand und Aufsichtsrat zu ermächtigen, mit der Württ. Warenzentrale Verhandlungen anzubahnen und in einer späteren außerordentlichen Generalversammlung über diese Frage Beschluß zu fassen. — Der Obst- und

Generalversammlung der landw. Bezugs- u. Absatzgenossenschaft

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats, Direktor Walz, eröffnete am Samstag im Saal des „Grünen Baums“ die 14. und letzte Generalversammlung, zu der 38 Genossen erschienen waren und führte etwa aus:

„Um Ihnen den Werdegang der Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft zum Abschluß der Tätigkeit derselben nochmals vor Augen zu führen, möchte ich mir erlauben, eine kleine Rückschau zu halten. Dabei kann es sich natürlich nicht darum handeln, rein verwaltungsmäßige Vorgänge, wie sie in vielen Sitzungen des Vorstand und Aufsichtsrats trotz der Bestimmungen des Genossenschaftsgesetzes und der Satzung beschloßen waren, wiederzuerzählen, sondern eben in großen Umrissen das Werden, die Entwicklung und den Uebergang der Genossenschaft auf die Württ. zu schildern. Am 30. Dezember 1923 wurde die Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft in Anwesenheit von ca. 150 Teilnehmern im Gasthof zum „Waldhorn“ hier gegründet. Maßgebend beteiligt bei dieser konstituierenden Versammlung waren Vorstande landw. Ortsvereine, Vertrauensmänner des Bauernbundes, Vorstände der Darlehenskassenvereine und Ortsvorsitzer. Zum 1. Vorsitzenden des Vorstands wurde Gemeindepfleger Michael Kalmbach-Gegenhausen gewählt, der diesen Posten bis 1934 innehatte und ihn infolge seiner Berufung zum Kreisbauernführer niederlegen mußte. Er war die Seele der Genossenschaft und ging mit ihr durch dick und dünn, bis sie auf festen Füßen stand. Seine besonderen Verdienste um die Genossenschaft wurden 1934 dadurch geehrt, daß er zum Ehrenvorsitzenden ernannt wurde. Ich benutze auch heute diese Gelegenheit, ihm für alles, was er in so uneigennützig Weise für die Genossenschaft tat, allerherzlichsten Dank auszusprechen. An seine Stelle trat 1934 Bürgermeister Gau-Hochdorf, der seitdem die Geschäfte des 1. Vorsitzenden in bekannter mütterlicher Weise führt. 2. Vorsitzender des Vorstands war von Anfang an bis heute Christian Kugler-Fischhausen. Schriftführer des Vorstands und Aufsichtsrats sowie bei Generalversammlungen war von Anfang an Kaufmann und Landwirt Kraßer-Berneck. Er waltete seines mandatsmäßig nicht ganz leichten Amtes in stiller, beschwerender Zurückhaltung. Seine kleine Entschädigung mußte er im Schweiße des Angesichts ehrlich und redlich verdienen. Aufsichtsratsvorsitzender war Kleiner-Ebhausen vom Gründungstag bis zum 2. Februar 1924. An seine Stelle trat an letzterem Tag Mitglied des Aufsichtsrats Silber-Altensteig und zwar bis 1925. Seit 24. Februar 1926 hat meine Benignität die Ehre, diesen Posten bekleiden zu dürfen.

Ich darf den Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern für ihre stets uneigennützig geleistete Dienstleistung meine Anerkennung und meinen wärmsten Dank zum Ausdruck bringen, nicht zuletzt auch dafür, daß sie in den Jahren des Aufbaues treu zur Stange hielten und selbst bis in die letzte Zeit hinein zwecks Schaffung von Betriebsmitteln sich persönlich vermögensrechtlich habhaft machten. — Geschäftsführer unserer Genossenschaft war von Anfang an Wilhelm Schneider. Die Genossenschaft hatte mit seiner Anstellung einen guten Griff getan. Denn Schneider hat es verstanden, sich den Bedürfnissen der ländlichen Kundenschaft praktisch anzupassen und den Geschäftsbetrieb so aufzubauen, daß er Hand und Fuß erhielt. Wie die Genossenschaft dank der ersprißlichen Tätigkeit des Geschäftsführers arbeitete, ersuchen Sie am besten aus den bereits vorgetragenen Zahlen über den heutigen Vermögensstand. Daß er mit gemischten Gefühlen der Entwicklung gegenüberstand, die den Uebergang der Genossen-

schaft an die Württ. zum Gegenstand hatte, können wir ihm, der das Kind aus der Geburt hat, nicht verdenken. Ich bin aber überzeugt, daß Wilhelm Schneider vielleicht schon heute, sicher aber in einigen Jahren ruhiger darüber denkt und dann einsieht, daß diese Aktion im unvermeidlichen Zuge der Zeit lag und daß es nach Lage der Verhältnisse das einzig Richtige war, was wir tun konnten. Heute schon dürfen wir feststellen, daß der Uebergang auf die Württ. die Erwartungen erfüllt und künftig noch ausdrucksvoller erfüllen wird, die an die Verschmelzung der Landw. Bezugs- und Absatzgenossenschaft mit der Warenzentrale geknüpft wurden.

Im Besonderen ist noch bemerkenswert, daß in der Gründungs-Generalversammlung beschlossen wurde, sofort in Altensteig ein Lagerhaus zu erbauen und sobald die Zustände es erlaubten, ein solches auch in Nagold zu erstellen. Das auf einem Platz von W. Schneider erbaute Altensteiger Lagerhaus verursachte einschließlich Gleisanlage einen Kostenaufwand von rd. 24.000 RM. Aus der beabsichtigten Erstellung eines Lagerhauses in Nagold wurde nichts. 1928 wurde der Geschäftsanteil von 25.—RM. auf 100.—RM. erhöht. Anlässlich des bei der Generalversammlung vom 26. Mai 1934 gefeierten 10jährigen Bestehens der Genossenschaft wurde den anwesenden Genossenschaftsmitgliedern ein Essen mit einem Schoppen Wein genehmigt. Auch bei der Generalversammlung vom 25. Juli 1936, in welcher der Verkauf des Geschäftsbetriebs an die Württ. genehmigt wurde, hat eine kleine Bewirtung der Genossenschaftsmitglieder stattgefunden. Erstmals am 8. Juni 1935 hatte die Generalversammlung darüber zu beschließen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt. Ein Jahr darauf, nämlich am 25. Juli 1936, hatte sich die Generalversammlung wieder damit zu beschäftigen, ob der Betrieb der Genossenschaft nicht an die Kaufstelle verpachtet werden wolle. Die Annahme des im Entwurf vorgelegenen Pachtvertrages wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Von der Hitler-Jugend

In Auswirkung des am 1. Dezember 1936 von der Reichsregierung erlassenen Gesetzes, in dem die Hitler-Jugend vom Führer zur Staatsjugend erklärt wurde, und in Auswirkung des bereits eingeleiteten jahrgangswisei Aufbaues der HJ wird in diesen Tagen ein organisatorischer Neuaufbau des Gebietes Württemberg (20) der Hitler-Jugend durchgeführt.

Im Zuge des organisatorischen Neuaufbaues hat der Gebietsführer den Jungbannführer Theo Kiedt-Ulm mit sofortiger Wirkung mit der Führung des Bannes Ragold (Dienstort in Calw) beauftragt. Jungbannführer Kiedt führte seither den Jungbann Donauland (120).

Mit der Führung des Untergaues Ragold (Dienstort in Calw) wurde die bisherige Führerin des Untergaues Schwarzwald (126) Untergaueführerin Käthe Baumann-Freundstadt beauftragt.

Gefolgschaftsführer Erwin Hentschel wurde von der Führung des Untergaues Neuenburg (1/126) entlastet und vom Gebietsführer in Anerkennung seiner Verdienste in der Jugendbewegung Adolf Hitlers in den Stab des Bannes Ragold zur besonderen Verwendung berufen.

Gefolgschaftsführer Eugen Buhl wurde von der Führung des Untergaues Calw (2/126) entlastet und vom Gebietsführer in Anerkennung seiner Verdienste in der Jugendbewegung Adolf Hitlers in den Stab des Bannes Ragold zur besonderen Verwendung berufen.

Gefolgschaftsführer Eugen Gaiser wurde von der Führung des Untergaues Ragold (3/126) entlastet und vom Gebietsführer in Anerkennung seiner Verdienste in der Jugendbewegung Adolf Hitlers in den Stab des Bannes Ragold zur besonderen Verwendung berufen.

Altensteig-Stadt

Zu dem am nächsten Donnerstag, 20. ds. Mts., stattfindenden

**Krämer-, Vieh-,
(auch Zuchtvieh)
u. Schweine-Markt**



wird freundlichst eingeladen.

Der Bürgermeister.

Garrweiler — Oberndorf.

Hochzeits-Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 20. Mai 1937 in unserem Gasthaus z. „Hirsch“ in Garrweiler stattfindenden Hochzeitsfeier freundlichst einzuladen.

Eugen Schlee

Sohn des Gottlob Schlee, Gasth. z. Hirsch, Garrweiler und seine Braut

Luise Rahn

Tochter des Georg Rahn, Bauer in Oberndorf

Kirchgang um 1/2 Uhr in Grömbach.

Am Sonntag, 23. Mai findet Nachhochzeit statt.

Wir bitten, dies statt jeder besonderen Einladung entgegennehmen zu wollen.

Forl

ist die gute Stimmung!

wenn der Motor nicht anspringt, wenn die schöne Fahrt durch kleine Pannen unterbrochen wird, oder die Tour so ganz anders verläuft, als man es sich ausgemalt hatte. Sorgen Sie rechtzeitig dafür, daß Ihnen das nicht passiert, daß Sie jeder Lage gewachsen sind. Lesen Sie regelmäßig „MOTOR und SPORT“, das Motorblatt für Alle.

Sie erhalten tausenderlei Anregungen und bald werden Ihre Fahrten stets in bester Stimmung verlaufen.

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Lauk, Altensteig

Vor dem Markte

müssen Sie noch mit einer Anzeige auf Ihre Waren aufmerksam machen! Inserieren schafft Umsatz, das ist eine alte Erfahrung!

Der Sportbericht

ist Montags stets zu haben in der

Buchhandlung Lauk, Altensteig

Daten aus dem Leben des neuen Bannführers
Geboren am 2. Februar 1913 in Mainz. Besuch der Volksschule und Realschule. Ausbildung als Volksschullehrer. 1. Volksschuldienstprüfung. Im November 1929 Beitritt zur HJ. Vorübergehend SA-Mann. Führung eines Fähnleins, im Dezember 1933 mit der Führung des Stammes Göttingen beauftragt. Dezember 1934 Führer des Jungbannes 3/123 Geislingen. Seit Juni 1935 hauptamtlicher Führer der Jungbanne 3/123 und 4/123. Seit 1. Januar 1936 mit der Führung des Jungbannes Donauland (120) beauftragt. Besuch der Reichsführerschule in Potsdam.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Hamburger „Hindenburg“-Passagier seinen Verletzungen erlegen. Im Paul-Rimmbal-Hospital in Kalemood erlag der „Hindenburg“-Passagier Otto Ernst, ein Baumwollmakler aus Hamburg, seinen Verletzungen. Die Zahl der Todesopfer des Luftschiffunglücks liegt damit auf 36.

Feuerbrand in einem polnischen Städtchen. In dem Städtchen Miota im Wilnaer Gebiet wütete am Pfingstsonntag ein Heizenfeuer, das 50 Wohnhäuser und 21 Geschäfte und Läden zerstörte. Das Feuer wurde durch den starken Sturm auch auf ein benachbartes Dorf übertragen, wo neun Behausungen niederbrannten.

Ueberflutungen in den östlichen Vereinigten Staaten. Als Folge langanhaltender starker Regenfälle sind die Flüsse von Neuengland über die Ufer getrieben. Weiße Gebiete der Staaten Vermont, New Hampshire und Massachusetts sind überschwemmt.

Gabrit
Silo
Schutzanstrich
gegen Gärtsäuren.

Oskar Hiller
Löwen-Drogerie.



das sind Stunden, die unnötigerweise am Waschtisch zugebracht werden! Würde jede Hausfrau wissen, wie sehr sie sich die Wascharbeit durch richtiges Einweichen verkürzen kann, so hätte sie es leichter und hätte gleichzeitig weniger Ausgaben. — Lassen Sie doch Henko die Arbeit tun! Henko löst über Nacht allein durch Einweichen allen festhaftenden Schmutz und erleichtert dadurch das Waschen ganz erheblich.

Henko macht's für
13 Pfennig!

Der amtliche

Sachsenfahrplan

Gültig ab 22. Mai
Preis 30 Pfg.

ist zu haben in der
Buchhandlung Lauk, Altensteig

Landw. Bezugs- u. Abgabgenossenschaft e. G. m. b. H. Altensteig, Ragold u. Umg.

Jahresrechnung am 31. Dezbr. 1936.

Zugleich Eröffnungsbilanz zur Liquidation.

Aktiva:		Passiva:	
Kassenbestand	476.92	Bankschulden	18703.09
Forderungen	52264.65	Wechselschulden	23499.73
Wareneinsatz	33526.35	Buchschulden	80.98
Postdarlehensschulden	1123.79	Guthaben der Mitglieder	17161.69
Gebäude	8640.00	Baufond	7211.00
Maschinen	1.00	Referenzfond	11667.84
Inventar	1.00	Betriebsrücklage	7452.88
		Sicherheitsrücklage	6393.79
		Rückst. Umsatzsteuer f. Dezbr.	104.90
		Reingewinn	3757.81
	R.M. 96033.71		R.M. 96033.71

Mitglieder-Bewegung:

Mitgliederstand am 31. Dezember 1935: 301 Mitglieder mit 312 Anteilen
am 31. Dezember 1936: 299 Mitglieder mit 310 Anteilen
Neu eingetreten: 1 Mitglied mit 1 Anteil
Ausgetreten: 3 Mitglieder mit 3 Anteilen.

Gesamt-Garantie-Mittel:

Einbezahlte Anteile 17161.69
Ausstehende Anteile 12738.31
Hauptsumme 77500.00

R.M. 107400.00

Liquidation: Kauf. Schneider.

Weiteren Kleiderstrant und 1 Tisch

zu kaufen gesucht.

Frh. Waidelich obere Stadt
Altensteig.

Junge Schweine

verkauft am Mittwoch abend
5 Uhr, sowie la gelbe
Speisekartoffeln

empfiehlt
J. Waidelich, Zwerenberg.

INSERTATE
erbitten wir uns frühzeitig

Veröffentlichung!

Landwirtschaftl. Bezugs- und Abgabgenossenschaft e. G. m. b. H. Altensteig, Ragold und Umgebung.

Durch Beschluß der Generalversammlung vom 15. Mai 1937 wurde die Genossenschaft aufgelöst. Die Gläubiger werden aufgefordert, sich bei der Genossenschaft zu melden.

Die Liquidatoren: geg. Frh. Gauß
geg. Wihl. Schneider.

Heu- und Dehndgras-Ertrag

von 65 a
hat zu verpachten.
Christ. Schalle, Poststr. 299
Altensteig

Ein großer, gut erhaltener Herd

verkauft wegen Einrichten eines
elektrischen. Näheres in der
Geschäftsstelle des Blattes.

Forstpreislifen für 1937

sind wieder zu haben in der

Buchhandlung Lauk, Altensteig

Gewerbebank Altensteig e. G. m. b. H.

Erledigung aller bankmäßigen Geschäfte,
insbesondere:

Eröffnung laufender Rechnungen (Giro-Conten)
mit und ohne Kreditgewährung;

Diskontierung von Warenwechseln;

Annahme von Spargeldern von jedermann.

Bei Kreditgewährung oder Wechseldiskontierung
ist die Erwerbung der Mitgliedschaft erforderlich.
Näheres hierüber ist an unserem Kassenschalter
zu erfahren.

Vertrauliche Beratung in allen Geldangelegenheiten.

Der Sommer naht —

darum schon jetzt
an die Garderobe
denken! „Beyers
Made for All“
Kauf zeigt 100 sol-
dierz. T. bunter Mo-
delle — alle auf 3
Schnittbogen. Für
80 Pfg. (ins Haus
5 Pfg. mehr) durch
Buchhandlung
Lauk

